



Informationsbrief

Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altvater, Joachim Becker, Dieter Boris, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Christian Felber, Sven Giegold, Hartwig Hummel, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Danuta Sacher, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich u.a.

Nach dem Horror-Jahr 2020:

Die Weltwirtschaft aus dem Gleichgewicht

Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) erwartet, dass die Weltwirtschaft in diesem Jahr um 4,7% wächst, etwas stärker als im letzten September vorhergesagt (4,3%). Dies ist teilweise auf die stärkere Erholung in den USA zurückzuführen, wo die Fortschritte der Impfkampagne und ein neuer fiskalischer Stimulus von 1,9 Billionen Dollar den Konsumausgaben einen Schub geben dürften – so ein Update des Trade & Development Reports (TDR), das sich **Rainer Falk** angesehen hat.

Doch aus dem TDR-Update mit dem Titel „Out of the frying pan... Into the fire“ (etwa: „Aus der Bratpfanne ins Feuer“) geht auch hervor, dass die globale Ökonomie bis Ende 2021 über 10 Billionen Dollar schwächer sein wird als wenn sich der Trend von vor der Pandemie fortgesetzt hätte. Dies hängt auch damit zusammen, dass der globale Output im Vorjahr den schärfsten Rückgang verzeichnete, seit aggregierte Statistiken über die wirtschaftliche Aktivität erhoben werden (seit den frühen 1940er Jahren). Davon war keine Region ausgenommen. Die ILO schätzt, dass die Krise weltweit einen Verlust von 255 Mio. Vollzeit-Arbeitsplätzen verursacht hat. Der internationale Handel ging im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahresquartal um rund 12% zurück, verzeichnete allerdings unmittelbar danach eine V-förmige Erholung. Dennoch nimmt es nicht Wunder, dass die Ängste hinsichtlich der Realität hinter der Rhetorik über eine widerstandsfähigere Zukunft anhalten.

● **„V“ steht für verwundbar:** Den härtesten Schlag gegen die Weltwirtschaft bekamen nach UNCTAD die Entwicklungsländer mit begrenztem fiskalischem Spielraum, sich verschär-

fenden Zahlungsbilanzzwängen und inadäquater internationaler Unterstützung zu spüren. Und auch wenn alle Regionen in diesem Jahr eine konjunkturelle Wende sehen werden, könnten potentielle Abwärtsrisiken im Gesundheitssektor und der Ökonomie zu neuen Komplikationen führen.

An Zukunftsrisiken sieht das Update vor allem rückwärts-gewandte wirtschaftliche Dogmen, eine schwache multilaterale Zusammenarbeit und weit verbreitetes Zögern bei der Bearbeitung von Problemen der Ungleichheit, der Verschuldung und unzureichende Investitionen, die sich alle dank Covid-19 verschärft haben. Die Autor*innen weisen darauf hin, dass ohne einen Kurswechsel eine unausgewogene Erholung, die Verwundbarkeit für weitere Schocks und fortgesetzte wirtschaftliche Unsicherheit für viele zur neuen Normalität werden wird.

● **Verheerende Folgen für die ärmsten Länder:** Auch wenn UNCTAD das Jahr 2020 als *annus horribilis* (Horrorjahr) beschreibt, erkennt der UN-Think Tank an, dass die Dinge hätten schlechter laufen können. Eine Kombination aus proaktiver Zentralbankpolitik zur Vermeidung einer finanziellen Kernschmelze, schnelle und an-

gemessen große Hilfspakete in fortgeschrittenen Ländern, eine Gegenbewegung bei Kapitalflüssen und Rohstoffpreisen und die präzedenzlose Schnelligkeit bei der Entwicklung von Impfstoffen – alles dies half bei der Vermeidung einer noch stärkeren deflationären Spirale.

Gleichwohl war die Bedeutung dieser Aktionen ungleich mit K-förmigen, d.h. disparaten Erholungen, innerhalb und zwischen den Ländern. Vor allem die Entwicklungsländer mussten die höchsten persönlichen Einkommensverluste im Verhältnis zum BNP hinnehmen. In Ländern, in denen das Armutsniveau bereits hoch ist und große Teile der Arbeitskräfte im informellen Sektor arbeiten, kann die unmittelbare Bedeutung eines kleinen Abschwungs bereits verheerend sein. Wie die Weltbank schätzt, ist als Folge der Pandemie eine weitere Viertelmilliarde Menschen in die Armut abgerutscht (bei einem Grenzwert von 3,20 Dollar pro Tag).

● **Internationale Kooperation dringend erforderlich:** Trotz des Ausmaßes der globalen Gesundheits- und Wirtschaftskrise ist die internationale Kooperation weit hinter dem zurückgeblieben, was notwendig gewesen wäre. Der Bericht vergleicht den ausgesetzten Schuldendienst (12 Mrd. Dollar für Juni 2020 bis Juni 2021) für 46 Länder im Rahmen der G20-Initiative DSSI (= Debt Service Suspension Initiative) mit den 80 Mrd. Dollar Schuldendienst-Zahlungen in 2019 durch alle 73 DSSI-Länder und über einer Billion durch alle Entwicklungsländer. Auch die Weigerung der Industrieländer, eine Aussetzung der handelsbezogenen Aspekte der intellektuellen Eigentumsrechte (TRIPS) in der Welthan-

delsorganisation zu unterstützen, um die Verfügbarkeit von Impfstoff zu beschleunigen, zeigte eine Priorität der Profite vor den Menschen im Kampf gegen die Pandemie.

Die globale Erholung, die im dritten Quartal 2020 begann, wird erwartungsgemäß im Jahr 2021 weitergehen, wenn auch mit viel Ungleichheit und Unvorhersehbarkeit angesichts epidemiologischer, politischer und Koordinierungsunsicherheiten. UNCTAD sieht eine fehlgeleitete Rückkehr zur Austerität nach einer tiefen und zerstörerischen Rezession als Hauptrisiko für ihren globalen Wirtschaftsausblick an, vor allem im Kontext zerrütteter Arbeitsmärkte und deregulierter Finanzmärkte in den Industrieländern.

Doch selbst bei Vermeidung einer unmittelbaren Rückkehr zur Austerität wird es dem Berichte zufolge über ein Jahr dauern, bis Output und Beschäftigung zum Vor-Covid-19-Niveau zurück gekehrt sind. Dabei hängen Beschäftigung, Einkommensungleichheit und öffentliche Vorsorge in den meisten Ländern von der Entwicklung der politischen Entscheidungen ab. Und der Report warnt, dass Covid-19 wahrscheinlich anhaltende wirtschaftliche und gesundheitliche Konsequenzen haben wird, die fortgesetzte Unterstützung durch die Regierungen erfordern.

● **Alte Gewohnheiten sterben nur langsam:** Der Bericht sieht Anzeichen dafür, dass die Post-Covid-Wachstumsstrategien überall auf der Welt zu den Vorkrisen-Normen zurückkehren – mit ungesundem Schwerpunkt auf Exporten in Teilen Ostasiens und Europas, lockerer Geldpolitik und anlagegetriebener Konsumtion in den Vereinigten Staaten sowie

privaten Kapitalzuflüssen und Rohstoffexporten in Afrika und Lateinamerika.

Das 1,9-Billionen-Stimulus-Paket in den USA ist ein Grund zur Ermutigung. Gleichwohl sind trotz der großen Cash-Transfers viel weniger direkte Ausgaben für Konsum und Investitionen vorgesehen, welche den sichersten Weg zur Ausweitung aggregierter Nachfrage und zu einer grünen Transformation bieten würden. Noch problematischer ist für den Bericht, dass andere Industrieländer weit hinterher hinken.

Auch gibt es Anzeichen dafür, dass die neue Administration in den Vereinigten Staaten ihre Anstrengung auf multilateraler Ebene verstärkt, indem sie auf dem kommenden G20-Gipfel die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte in Höhe von 500 Mrd. Dollar unterstützen wird, um die globale Liquidität zu unterstützen, was die Trump-Administration blockiert hatte. Für UNCTAD ist das ein willkommener Schritt, doch das Ausmaß der Schuldendrohung, insbesondere für Entwicklungsländer, kann nicht ohne Schuldenerlasse und die Annahme eines funktionierenden Schuldenregulierungsmechanismus gelöst werden.

Das TDR-Update kommt zu dem Schluss, dass die Bearbeitung der sich gegenseitig verstärkenden Trends von wachsender Ungleichheit, zunehmender Schuldenkrisen, abgehobener Finanzmärkte und wachsender Marktmacht von großen Konzernen, die zögern, ihre Profite in den Aufbau produktiver Kapazitäten zu investieren, mehr erfordert als einen einmaligen wirtschaftlichen Stimulus. Deshalb ruft die UNCTAD nach wie vor zu einer umfassenden Neugestaltung der wirtschaftlichen Spielregeln auf, wenn die Fehler der Finanzkrise von 2009 nicht wiederholt werden sollen und das Ziel einer inklusiven, nachhaltigen globalen Ökonomie bis 2030 realisiert werden soll. □

Hinweis:

* UNCTAD: *Trade and Development Report Update. Out of the frying pan... Into the fire?*, 22 pp, United Nations: Geneva, March 2021. Bezug: über unctad.org

Zwischen zwei Kontinenten: Zentralamerika

Ein Buch-Tipp

Während in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zahlreiche politische Ereignisse in Zentralamerika häufig auch hierzulande in den Medien an prominenter Stelle auftauchten (v. a. die „Bürgerkriege“ in Nicaragua und El Salvador), sich mit beiden Ländern und den dortigen Befreiungsbewegungen die bis dahin breitesten Solidaritätsbeziehungen entwickelten, sind seit zwei oder drei Jahrzehnten nur in Ausnahmefällen (bei Naturkatastrophen oder im Falle von Karawanen verzweifelter Migrant*innen, die in die USA wollen, bei Gewalt- und Kriminalitätsexzessen) entsprechende Meldungen über diese Region zu vernehmen. Eine Buchvorstellung von **Dieter Boris**.

Umsog begrüßenswerter ist es, dass nun ein umfangreiches und äußerst solides Werk zu Zentralamerika von dem Leipziger Lateinamerika-Experten Peter Gärtner herausgebracht wurde (s Hinweis). Die fast tausend Seiten umfassende, reichhaltig und liebevoll ausgestaltete Monographie, die den Charakter eines Handbuchs angenommen hat, versucht die Region einerseits als Einheit und Gesamtheit, andererseits die einzelnen Länder in ihren Besonderheiten zu analysieren.

● **Unterschiedliche ökonomische und politische Entwicklungspfade:** Nach einem einführenden Überblickskapitel behandelt das zweite und dritte Kapitel die wichtigsten historischen Etappen: Vorkoloniale, koloniale Zeit, Unabhängigkeitsperiode und Weltmarkteinbindung im 19. Jahrhundert. Mit letzterer ist in Zentralamerika (wie im übrigen Lateinamerika) die Entstehung und Konsolidierung der jeweiligen Nationalstaaten verbunden gewesen. Erst durch den Export eines oder mehrerer auf dem Weltmarkt nachgefragter Güter und der Generierung wachsender Zolleinnahmen konnten genügend Ressourcen von der (bis dahin sehr schwachen) nationalen Zentralgewalt zwecks Ausbaus der Infrastrukturen, der Staatsapparate, des Militärs, der Polizei und Justiz sowie eines rudimentären Bildungssystem eingesetzt werden. Vor allem die „Kaffeestaaten“ (Costa Rica, El Salvador und Guatemala) waren dabei erfolgreicher als die in dieser Hinsicht „Nachzügler“ Nicaragua und Honduras.

Der Verfasser zeigt auch plausibel auf, wie und warum es innerhalb der ersten Gruppe trotz gemeinsamer „Kaffeerevolution“ zu durchaus unterschiedlichen ökonomischen und vor allem politischen Entwicklungspfaden kam, die mit der Landeigentumskonzentration, der Bewirtschaftungsweise im Kaffeesektor und dem Vorhandensein oder der Abwesenheit indigener Arbeitskräfte eng zusammenhängen (200, 279ff.). Bei Überwiegen kleiner und mittlerer Kaffee-Fincas und knapper, daher relativ verhandlungsstarker, weißer Lohnarbeiter kam es – trotz gleichfalls präserter Oligarchie – zu einer vergleichsweise demokratischen Entwicklungsvariante des Regimetyps (Fall Costa Rica). Bei Überwiegen des Großgrundbesitzes und Vorhandensein großer indigener Bevölkerungsanteile (die teilweise zu Zwangsarbeit auf Kaffeeplantagen eingesetzt wurden) waren eher diktatorisch-repressive Regime die Regel: Guatemala, El Salvador.

● **Modernisierungsversuche und revolutionäre Wellen:** Der militärisch erfolgreiche Kampf Augusto C. Sandinos (1927-1934) gegen die Versuche der USA, Nicaragua zu einem Protektorat zu machen (dem aber seine Ermordung durch Somoza und dessen Machtübernahme folgten) sowie das genozidale Massaker an der indigen-bäuerlichen Bevölkerung in El Salvador durch das Militär und die dortige Oligarchie (1932) leiteten einerseits den Übergang zu „personalistischen Militärdiktaturen“ für vier oder fünf Jahrzehnte ein, was sich aber



andererseits tief ins kollektive Gedächtnis der jeweiligen Bevölkerung eingrub; dies war wegweisend für den Beginn relativ erfolgreicher Befreiungsbewegungen, die vor allem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre an Bedeutung gewannen: Die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) in Nicaragua und die FMLN (Frente „Farabundo Martí“ para la Liberación Nacional) in El Salvador.

Das vierte Kapitel (332-552) behandelt vier „Modernisierungsanläufe und ihr Scheitern“. Dies vollzog sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in unterschiedlicher, teilweise entgegen gesetzter Weise. Gärtner differenziert dabei zwischen verschiedenen „Modernisierungstypen von unten“ (zugleich Demokratisierungsversuche) und „Mobilisierungstypen von oben“, wobei soziale Träger, Erfolge und Misserfolge und innere Widersprüche recht unterschiedlich waren. Neben dem relativ positiven Ausnahmefall Costa Rica – auf der Basis besonderer gesellschaftlicher Ausgangsbedingungen – steht das Scheitern der guatemaltekischen Revolution (1944-1954) vor allem infolge tatkräftiger US-Unterstützung der Konterrevolutionäre im Mittelpunkt.

Die revolutionären Wellen der 70er und 80er Jahre, die von bedeutenden Guerilla-Aktivitäten vor allem in Nicaragua, El Salvador und Guatemala getragen waren, werden minutiös analysiert und bewertet. Auch hier waren die Ergebnisse durchaus unterschiedlich: von einem zeitweiligen (1979-1990) Erfolg der Sandinisti-

schen Befreiungsfront in Nikaragua über eine quasi Pattsituation in El Salvador (festgeschrieben im Friedensvertrag von 1992) bis hin zu einem Rückschlag in Guatemala, der mit Massenmorden an der indigenen Bevölkerung einherging. Der Friedensvertrag zwischen dem zivilen Präsidenten und der führenden guatemalteken Guerillaorganisation URNG wurde 1996 unterzeichnet.

Allerdings ebneten die Kompromisse und die spezifischen Kräfteverhältnisse den Weg zur Rückkehr der jeweiligen Oligarchien an die Regierung, die ihr neoliberalen Wachstumsmodell seit den 90er Jahren relativ ungehindert durchsetzen konnten (vor allem in Guatemala und El Salvador). Bei diesem traten nun zu den traditionellen Agrarexporten auch neue, wie z.B. Palmöl, hinzu, die sog. „Maquila“-Industrie (ausländische Lohnveredelungsbetriebe, die auf den Weltmarkt ausgerichtet sind), die wachsenden Rücküberweisungen der Migranten, ein ausgebauter Finanzsektor, der Tourismus, der Bergbau sowie der (illegale) Drogenhandel.

„Es ist... dieser oligarchische Neoliberalismus, der Demokratie und innergesellschaftlichen Frieden gleichermaßen untergräbt. Mit dem Übergang ins 21. Jahrhundert wird dann deutlich, dass diese Variante der Modernisierung die Dauerkrise Zentralamerikas bis zum Gewaltexzess treibt und die Region weiter dem geopolitischen Zugriff Washingtons überlässt.“ (338)

● **Fehlstart ins 21. Jahrhundert:** Das vorletzte Kapitel ist mit „Fehlstart ins 21. Jahrhundert“ betitelt, da zwar per Friedensabkommen und formeller Demokratisierung Fortschritte erzielt werden konnten, aber durch die intensiviertere und diversifizierte neoliberale Politik die alten Probleme extremer sozialer Polarisierung sogar weiter zugespitzt wurden. Entsprechend konzentrieren sich die Ana-

lysen u.a. auf die seither forcierte Ressourcenplünderung, die ansteigenden Migrationswellen sowie die „Selbstmodernisierung der Oligarchie“ einerseits und die wachsende Opposition gegen Megaprojekte und Extraktivismus, die sich weiter entfaltenden Indigenen-, Frauen- und ökologischen Protestbewegungen andererseits. – Das letzte, sechste Kapitel schließlich resümiert auf einem theoretisch hohen Niveau noch einmal die Verläufe und Resultate der jüngeren historischen Entwicklung und wagt einen nüchternen Blick in die nahe Zukunft. Die – auch innerhalb der Linken insgesamt recht unterschiedlich beurteilten – neuesten Entwicklungen in Nikaragua werden beispielhaft thematisiert und mit einigen, hier wenig bekannten Differenzierungen versehen.

Das imposante Werk Gärtners enthält natürlich viel mehr als sich in einem sehr kurzen Überblick formulieren lässt; z.B. auch Einzelstudien über neue „Akkumulationsachsen“ in Zentralamerika und regionale Konzentrationsprozesse im Bankensektor, die als Beispiele besonders innovativer Passagen angesehen werden können. Gleichzeitig ermöglicht das sehr detaillierte Inhaltsverzeichnis, am Ende eine Chronologie, ein Glossar, viele Tabellen und Karten einen selektiven Zugriff beim Lesen. Ein eng beschriebenes Literaturverzeichnis von fast 70 Seiten erspart den Gang in eine Spezialbibliothek. – Kurzum, es handelt sich um eine herausragende Studie, die von „Laien“, Studierenden und „Experten“, die an Zentralamerika interessiert sind, gleichermaßen mit großem Gewinn gelesen werden kann. □

Hinweis:

* Peter Gärtner: *Zwischen zwei Kontinenten. Geschichte und Gegenwart Zentralamerikas*, 943 S., Aschen-dorff Verlag: Münster 2020. Bezug: Buchhandel

W&E-Infospiegel

● **Steuersparmodell Luxemburg:** Die staatstragende politische Klasse Luxemburgs – von der rechtspopulistischen ADR bis zu den Grünen – reagierte wie immer. Sie stritt einfach alles ab, was kürzlich in den OpenLux-Dossiers von Süddeutscher Zeitung, Le Monde und anderen Medien enthüllt wurde. Zwar hat die Anzahl der sog. Rulings (vorab ausgehandelte Steuerbescheide auf Tiefstniveau) stark abgenommen. Doch immer noch dient Luxemburg einigen Multis, Superreichen und anderen dubiosen Individuen als Plattform zur Steuerersparnis. Doch die bedingungslose Verteidigung des Finanzplatzes hat keine Zukunft. Während die OpenLux-Entscheidungen im Großherzogtum kaum etwas bewegt haben, sieht es in Brüssel ganz anders aus. Inzwischen beschäftigt sich der EU-Steuerkommissar Paolo Gentiloni mit dem Fall. Vor allem die sog. Briefkastenfirmen will die EU-Kommission unter die Lupe nehmen. „Briefkastenfirmen – ohne oder mit nur wenig wirtschaftlicher Substanz – können eine ernsthafte Gefahr für den Binnenmarkt darstellen“, sagte Gentiloni. Für Luxemburg könnte dies problematisch werden, da Briefkastenfirmen laut IWF in 2018 6% des Bruttoinlandsprodukts des Landes ausmachten. Die aggressive Steuervermeidung wird auch dadurch begünstigt, dass im Eigentümer-Firmenregister laut OpenLux bei etwa der Hälfte der Firmen die versprochenen Informationen fehlen oder irreführend sind.

● **BlackRock-Nachhaltigkeitsversprechen:** Vor einem Jahr kündigte der US-Investor BlackRock an, Nachhaltigkeit zum Fokus seines Geschäftsmodells machen zu wollen. Eine aktuelle NGO-Studie zeigt nun jedoch, dass diese Versprechungen das Geschäft des größten Vermögensverwalters seitdem kaum beeinflusst haben. Insgesamt verwaltet BlackRock derzeit Firmenanleihen und Aktien im Wert von 7,8 Billionen US-Dollar und ist damit der größte Vermögensverwalter der Welt. Die Analyse der französischen Organisation Reclaim Finance und der deutschen Organisation urgewald kommt zu dem Ergebnis, dass BlackRocks Richtlinie von Januar 2020 nur 17% der globalen Kohleindustrie ausschließt. Ein Jahr nach der Ankündigung, nicht mehr in Firmen mit „hohem Risiko in Sachen Nachhaltigkeit“ zu investieren und Produzenten von Kraftwerkskohle Kapital zu entziehen, hält BlackRock weiterhin Anteile an Kohlefirmen im Wert von mindestens 85 Mrd. US-Dollar. Die Untersuchungen der NGOs zeigen, dass BlackRock sogar weiterhin in Firmen investiert ist, die den Bau neuer Kohlekraftwerke planen. BlackRocks Investments in Kohlefirmen mit Expansionsplänen, z.B. in den japanischen Energielieferanten Sumi-

tomo oder den koreanischen Kraftwerksbetreibers KEPCO, liegen bei insgesamt mehr als 24 Mrd. Dollar. Die Kohlefirmen, in die BlackRock investiert ist, haben Expansionspläne von insgesamt 241GW. Bei der Untersuchung wendeten die Autor*innen BlackRocks Divestment-Kriterien auf die 935 Kohlefirmen auf der Global Coal Exit List an. Die in dieser Liste aufgeführten Unternehmen umfassen 88% der weltweiten Kraftwerkskohleproduktion und 85% der Kohlekraftwerkskapazität.

Was sind die größten Schlupflöcher der BlackRock-Kohlerichtlinie? Sie ignoriert den emissionsreichsten Teil der Kohleindustrie und erlaubt dem Vermögensverwalter Investments in über 300 Firmen auf der Global Coal Exit List. Kohlekraftwerksbetreiber, die nicht nur Kohle abbauen, sondern diese auch verbrennen, um daraus Strom zu generieren, landen nicht auf BlackRocks Ausschlussliste. Dies bedeutet, dass BlackRock weiterhin in Kohleriesen, wie zum Beispiel den indischen Kohlekraftwerks- und Kohlehafenbetreiber Adani und Europas größte CO₂-Produzenten PGE und RWE investiert bleiben kann. RWEs Pläne, erst ab 2028 mit der Schließung von Kohlekraftwerken zu beginnen, war für den französischen Investor Amundi so problematisch, dass dieser im Juni 2020 öffentlich seine Bedenken darüber aussprach, dass RWEs Geschäftsmodell nicht mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sei. Kohle-Expansionsisten, also Firmen, die der Klimakrise zum Trotz weiterhin den Bau neuer Kohlekraftwerke planen, werden von BlackRocks Richtlinie ebenfalls nicht ausgeschlossen. Für den Öl- und Gasbereich hat BlackRock gar keine Ausschlusskriterien auf Firmenebene. Firmen, die wie ExxonMobil, Chevron, Shell oder Total weltweit die meisten neuen Bohrprojekte mit fatalen Folgen für die Umwelt, Menschen und Tiere vor Ort vorantreiben, befinden sich daher nach wie vor im Portfolio des US-Vermögensverwalters. – Der volle Report ist unter dem folgenden Link verfügbar: <https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2021/01/OneYearOnBlackRockStillAddicted-ToFossilFuels.pdf>

● **Lesehinweise:**

* Pierre L. Ibsch/Jörg Sommer: *Jahrbuch Ökologie: Für einen globalen Ökohumanismus*, 12 S., Berlin 2021. Info: über jahrbuch-ökologie.de

● **Tagungen und Termine:**

* 21. April: GIGA-Forum zum Thema „Confronting Colonialism in Germany: Are We Doing Enough?“, Online-Event. Info: unter giga-hamburg.de
 * 11.-13. Juni: BUKO 39 unter dem Motto „Global Change? System Change! Global Solidarity“, ob der Kongress digital oder vor Ort stattfindet, steht noch nicht fest. Info: buko.info/

● **Zusätzlich auf weltwirtschaft-und-entwicklung.org:**

* Für eine faire Besteuerung der internationalen Konzerne. Ein Offener Brief an Joe Biden

Die Großen Drei der Finanzmärkte: Wie Kredit-Rating-Agenturen den Süden schädigen

Die drei wichtigsten privaten Rating-Agenturen der Welt, Moody's, S&P Global Ratings und Fitch Ratings, nutzen ihre Macht, um Länder mit niedrigerem Einkommen davon abzuhalten, ihre Schulden umzustrukturieren und ihre Volkswirtschaften wieder in Gang zu bringen. Die Notwendigkeit einer unabhängigen öffentlichen Rating-Agentur war niemals dringlicher als heute, schreibt **Jayati Gosh**.

Am 10. März hat die Rating-Agentur Moody's Äthiopien auf „Review for a Downgrade“ gesetzt. Und das Problem ist nicht etwa die Gewalt und Unterdrückung in Äthiopiens umkämpfter Region Tigray. Vielmehr ist Moody's zu dem Schluss gekommen, dass die Verpflichtung der äthiopischen Regierung, im Kontext des G20 Common Framework for Debt Treatments über die Debt Service Suspension Initiative (DSSI) hinaus mit privaten Gläubigern zusammenzuarbeiten, das Risiko erhöht, dass diese Gläubiger Verluste erleiden werden. Dafür muss das Land offenbar bestraft werden.

● **Systemisches Problem:** Während es das Ziel der DSSI ist, einkommensschwache Länder während der Pandemie sofort zu entlasten, wurde das Common Framework entwickelt, um schuldengeplagten Staaten bei der Umschuldung oder Reduzierung ihrer Verbindlichkeiten zu helfen. Für viele Länder ist es die beste Möglichkeit, ihre Schuldenlast tragbar zu machen. Doch nun wirft die drohende Herabstufung des Ratings einen Schatten auf die Aussichten dieser Länder.

Dies weist auf ein systemisches Problem im internationalen Finanzwesen hin: die enorme – und ungerechtfertigte – Macht einiger weniger privater Rating-Agenturen. Nur drei von ihnen – Moody's, S&P Global Ratings und Fitch Ratings – kontrollieren mehr als 94% der ausstehenden Kreditratings. Und es gibt erhebliche Überkreuzbeteiligungen unter ihnen.

Diese oligopolistischen Unternehmen sind Marktmacher und beeinflussen die Allokation von Finanzportfolios, die

Preisgestaltung von Schulden und anderen Finanzinstrumenten sowie die Kapitalkosten. Um ihre Autorität zu stärken, hat die US Securities and Exchange Commission sie als offizielle statistische Rating-Organisationen anerkannt. Und viele institutionelle Anleger, die gesetzlich verpflichtet sind, nur „Investment-Grade“-Anlagen in ihren Portfolios zu halten, müssen sich an das Urteil der Rating-Agenturen halten.

Bedenken gegenüber Rating-Agenturen wurden zum ersten Mal während des Enron-Skandals im Jahr 2001 weithin geäußert. Enron, ein Energiehandelsunternehmen, hatte Buchhaltungsstricks und komplexe Finanzinstrumente verwendet, um Investoren, Gläubiger und Aufsichtsbehörden über den Wert des Unternehmens zu täuschen. Die Rating-Agenturen wurden sicherlich getäuscht: Die großen Drei gaben Enron nur wenige Tage vor dem Zusammenbruch des Unternehmens ein Investment-Grade-Rating.

● **Straflose Verantwortungslosigkeit:** Den Rating-Agenturen wird auch vorgeworfen, die Subprime-Hypothekenblase in den USA ermöglicht zu haben, die beim Platzen 2008 die globale Finanzkrise auslöste, und die Pleite durch schnelle Rückstufungen und Herabstufungen verschlimmert zu haben. Und es ist bekannt, dass sie Ratings in einer Weise anpassen, die ideologische Positionen widerspiegeln scheint, wie z. B. eine Verpflichtung zu fiskalischer Sparsamkeit.

Und dennoch, wie Yuefen Li, die unabhängige Expertin der Vereinten Nationen für Auslandsschulden und Menschenrechte,

in einem neuen Bericht darlegt, müssen Rating-Agenturen für ihre Fehler oder ihr schädliches Verhalten keine Rechenschaft ablegen. Ihre Ratings werden rechtlich als „Meinungen“ bezeichnet, die nach dem Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt sind. Zudem legen sie ihre Methodik nicht offen. Kurz gesagt, die Rating-Agenturen tragen keine angemessene Verantwortung für die enorme Macht, die sie ausüben.

Darüber hinaus gibt es, wie Li ebenfalls anmerkt, zahlreiche Interessenkonflikte. Rating-Agenturen sind private Unternehmen, die größtenteils von den Institutionen, die sie bewerten, finanziert werden. Und sie sind Akteure auf den Märkten, die sie angeblich bewerten, was bedeutet, dass Eigeninteressen unweigerlich ihre Entscheidungen beeinflussen. Rating-Agenturen waren zum Beispiel an der Schaffung von Finanzprodukten beteiligt, für deren Bewertung sie dann verantwortlich waren – einschließlich der hypothekenbesicherten Wertpapiere, die mit AAA-Ratings ausgestattet waren und dazu beitrugen, die Krise von 2008 auszulösen.

Und obwohl die Aufsichtsbehörden daran arbeiten, Interessenkonflikte bei den meisten Finanzmarktakteuren zu begrenzen, scheinen sie sich damit zufrieden zu geben, dass sich die Ratingagenturen selbst überwachen. Der Mangel an regulatorischen Maßnahmen spiegelt teilweise die Lobbymacht der großen Drei wider. Und er erzeugt ernsthafte Risiken, die durch die Coronavirus-Pandemie noch verstärkt wurden.

Zum Beispiel macht die Prozyklizität im Rating – ein weiteres Problem, das Li in ihrem Bericht hervorhebt – die Finanzmarktbedingungen schwierig für Entwicklungsländer, deren wirtschaftliche Aussichten durch die Covid-19-Krise untergraben wurden. Darüber hinaus hält die Gefahr einer Herabstufung des Ratings viele Regierungen davon ab, ausreichende Haushaltsausgaben zu tätigen. Mit dem jüngsten Schritt von Moody's müssen die Regierungen der Entwicklungsländer nun befürchten, in Verhandlungen mit privaten Gläu-

bigern über eine Umschuldung einzutreten, selbst im Rahmen von multilateralen Programmen, die einen Schuldenerlass zum Ziel haben.

● **Warum die Ratings ein öffentliches Gegengewicht brauchen:** Wenn es den G20-Ländern ernst damit ist, die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer während der Covid-19-Krise zu verbessern, sollten sie zunächst die vorübergehende Aussetzung von Kreditratings unterstützen. Mittelfristig müssen die Regulierungsbehörden Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Rating-Agenturen ihre beabsichtigte marktstabilisierende Rolle erfüllen. Die Bekämpfung von Interessenkonflikten – z.B. durch die Begrenzung der Abhängigkeit der Agenturen von den Zahlungen derjenigen, die sie bewerten – ist von entscheidender Bedeutung.

Aber die Regulierung privater Rating-Agenturen reicht möglicherweise nicht aus. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) spricht sich seit langem dafür aus, dass die Welt eine unabhängige öffentliche Ratingagentur braucht, die objektive Bewertungen der Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmen vornimmt. Eine solche Agentur ist auch notwendig, um die Instrumente zur Finanzierung neuer öffentlicher Investitionen zu bewerten, die in den kommenden Jahren sehr gefragt sein werden.

Eine globale Agentur ist sinnvoll, denn Ratings, insbesondere für Staatsschulden, sind von internationaler Bedeutung. Vielleicht noch wichtiger ist, dass sie ein dringend benötigtes Gegengewicht zu den nicht rechenschaftspflichtigen privaten Agenturen bilden würde. Sie könnte sogar die großen Drei dazu zwingen, Reformen durchzuführen, denen sie sich lange widersetzt haben. □

Jayati Ghosh ist Exekutivsekretärin von International Development Economics Associates, Professorin für Ökonomie an der University of Massachusetts Amherst und ein Mitglied der Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation.